

## Robert Lessmann

### “NARCO-GUERILLA“ UND DIE ROLLE DER USA

Der 13. Februar 2003 wurde zum Schicksalstag für Thomas Janis. Der 56-jährige, mehrfach dekorierte US-Soldat im Ruhestand und ausgebildete Pilot war mit einer einmotorigen Cessna unterwegs. Sie hatte einen Motorschaden an den Tower von Florencia gemeldet, einer Stadt im Süden Kolumbiens. Beim Versuch einer Notlandung war sie dann offenbar in Rebellenfeuer geraten und abgestürzt. Die Insassen überlebten. Janis und die Leiche eines kolumbianischen Geheimdienstoffiziers wurden einen Kilometer vom Wrack entfernt gefunden. Sie waren aus nächster Nähe erschossen worden, weil sie verletzt waren und nicht schnell genug weiter konnten, oder weil sie sich gegen ihre Entführer wehrten, wer weiß.

Drei Kollegen von Thomas Janis befinden sich seitdem in der Gewalt der Bewaffneten Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC). Wie er arbeiteten sie für *California Microwave Systems*, eine Tochter von *Northrop Grumman*, die sich auf Sensoren, Radars und andere elektronische Ausrüstungen für Aufklärungsflugzeuge spezialisiert hat und beim US State Department unter Vertrag steht. Über die Mission des Unglücksflugzeugs werden genauso wenig Angaben gemacht wie über die Identität der entführten US-Staatsbürger. Es dürfte sich wohl um eine Mission zum Aufspüren von Kokafeldern gehandelt haben. Sind die Koordinaten dieser Felder festgelegt, werden sie von Sprühflugzeugen mit Pflanzengift aus der Luft vernichtet: 122.900 Hektar im letzten Jahr, berichtet das US State Department über das Herzstück des *Plan Colombia*, einer Strategie zur Drogenvernichtung und Aufstandsbekämpfung.<sup>1</sup> Es geht darum, dem Drogenhandel den bewaffneten Schutz und der Guerilla die Finanzen aus dem Drogengeschäft zu entziehen. Es ist das erste mal, dass im Auftrag ihrer Regierung in Kolumbien tätige US-Bürger von der Guerilla entführt wurden, doch es ist nicht das erste Mal, dass es zu Konfrontationen kommt.

Am 18. Jänner 2002 war im Department Caqueta, nahe der Grenze zu Huila, ein Hubschrauber von den FARC abgeschossen worden, der zum Begleitschutz einer Besprühungsflotte gehörte, die aus vier Flugzeugen vom Typ OV-10, 6 Bell UH-1H- und einem Blackhawk-Hubschrauber bestand. Der Hubschrauber war am Rotor getroffen worden. Der peruanische Pilot stand bei der Firma *DynCorp./Virginia* unter Vertrag, die zu diesem Zeitpunkt nach Angaben von Reuters (23.1.02) 300 Mann Personal in Kolumbien unterhielt. An Bord befanden sich auch drei US-Experten für Besprühung. Die Überlebenden fanden sich inmitten von 300 FARC-Guerrilleros der Frente 49 wieder. An der anschließenden Rettungsaktion nahmen 11 Helikopter teil; 5 kolumbianische Polizisten wurden getötet.<sup>2</sup>

Am 23. Juli 1999 stürzte eine De Havilland RC-7 im Guerillagebiet ab, ein topmodernes Aufklärungsflugzeug, von dem die US-Luftwaffe angeblich nur sieben Stück besitzt. Auch Captain Jennifer Odom, die 29-jährige Pilotin, und vier weitere Offiziere aus Fort Bliss, Texas, die neben zwei kolumbianischen Besatzungsmitgliedern ums Leben kamen, waren nicht die ersten US-Soldaten die im “Drogenkrieg“ in Kolumbien ihr Leben verloren. Seit 1997 waren bereits drei zivile Air-Force Veteranen, die für die US-Firma *DynCorp.* im Auftrag des US State Department Anti-Drogen-Flüge in Kolumbien pilotierten, abgeschossen worden oder verunglückt.<sup>3</sup> Der Ehegatte der

---

<sup>1</sup> US Department of State - Bureau for International Narcotics and Law Enforcement Affairs: "International Narcotics Control Strategy Report", Washington D.C., March 2003, Statistical tables Colombia.

<sup>2</sup> El Tiempo, Bogotá, 3.2.2002.

<sup>3</sup> Lessmann, Robert: "Zum Beispiel: Kokain", Lamuv-Verlag, Göttingen, 2001, S. 129.

Pilotin, selbst Kampfpilot, bezweifelte die offizielle Version, wonach die Maschine bei schlechtem Wetter an einem Berg zerschellt sei. Seine Frau habe wiederholt von Beschuss berichtet.

Die geschilderten Fälle führen uns mitten hinein in einen Kontext, den Kritiker in den USA als *mission creep* bezeichnen: Sie warnen vor einem Hineinschlittern in einen bewaffneten Konflikt, wie in Vietnam oder El Salvador. In mancherlei Hinsicht handelt es sich dabei freilich eher um einen aktiven Prozess, der auf konkreten Konzepten - um nicht zu sagen Doktrinen - beruht. Der "War on Drugs" kann dabei in mancherlei Hinsicht als Prototyp jenes "grauen Krieges" gelten, der heute als "Anti-Terror-Krieg" in aller Munde ist, und der sein konzeptionelles Fundament in der Doktrin des *low-intensity conflict* hat.<sup>4</sup>

## 1. Drogenökonomie in Kolumbien

Kolumbien hatte zusammen mit Mexiko in den 60er Jahren die illegalen Märkte Nordamerikas mit Marihuana versorgt. Ab Ende der 60er Jahre expandierte dort die Nachfrage nach Kokain. Kolumbianische Kleinkriminelle kannten den nordamerikanischen Drogenmarkt und konnten die Verbindung zu den Kokaanbaugebieten herstellen. Als Schwellenland verfügte Kolumbien zudem über eine bessere Infrastruktur als die klassischen Anbauländer Bolivien und Peru, um die kompliziertere Weiterverarbeitung der *Pasta Básica* zu Kokain-Hydrochlorid, aber auch den schwierigen Transport des Endprodukts zu den Absatzmärkten sowie die erforderlichen Finanztransaktionen zu bewerkstelligen. In Kolumbien selbst konnten die illegalen Kokainunternehmer auf eine lange Tradition informellen Wirtschaftens, ja einer Untergrundökonomie aufbauen: Steuerhinterziehung, Goldschmuggel, Marihuanaexport, gepaart mit gewaltsamer Konfliktlösung, Straflosigkeit, mangelnder Legitimität staatlicher Institutionen und Gesetze in den Augen vieler Menschen sowie weitgehender Abwesenheit des Staates in vielen Landesteilen.<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Vgl. Michael Klare/ Peter Kornbluh (Hg.): "Low Intensity Warfare", N.Y., Pantheon, 1988.

<sup>5</sup> Vgl. Lessmann, Robert: "Drogenökonomie und internationale Politik", Vervuert-Verlag, Frankfurt/M., 1996, S.190ff.

---

Tabelle 1:

*Kokaproduktion, Schätzungen in Hektar:*

	1989	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bolivien	52.900	48.600	48.100	45.800	38.000	21.800	14.600	19.900	n.a.
Kolumbien	42.400	50.900	67.200	79.436	101.800	160.119	163.289	144.807	102.000
Peru	120.400	115.300	94.400	68.800	51.000	38.700	43.405	46.232	46.700
Total	215.700	214.800	209.700	194.036	190.800	220.619	221.294	210.939	n.a.

*Quelle:* United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention: "Global Illicit Drug Trends 2002", New York, 2002, S. 55.  
Für 2002: United Nations Office on Drugs and Crime: "Coca Survey: ...Bolivia,...Colombia, ...Peru", jeweils März 2003.

---

Kalkulationen der Kokainproduktion auf der Basis geschätzter Anbauflächen führen zu sehr unsicheren Ergebnissen; erst recht Versuche, die Einkünfte aus ihrem Verkauf zu berechnen. Einerseits führt man dazu Hochrechnungen über die Produktion mit Hilfe von Durchschnittspreisen auf verschiedenen Absatzmärkten weiter, wobei man natürlich nicht genau weiß, wie viel tatsächlich wo und zu welchem Preis abgesetzt wurde. Einige Zahlenbeispiele: *Farmgate*-Einnahmen aus einem Hektar Koka liegen je nach Konjunktur bei mindestens 1.500 US-Dollar (\$) pro Jahr und darüber. Das Kilo des Zwischenprodukts *Pasta Básica de Cocaína* kostete in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 zwischen 900 und 750 \$.<sup>6</sup> Das Kilo Kokain-HCL kostet in den Andenländern en gros zwischen 1.000 und 5.000 \$. Großhandelspreise auf dem Schwarzmarkt für Kokain lagen um das Jahr 2000 in den USA bei rund 20.000 \$ pro Kilogramm; in Europa bei 50.000 \$. Der durchschnittliche Strassenverkaufspreis für Kokain lag in den USA bei 81,8 \$ pro Gramm und errechnete sich aus einer Schwankungsbreite zwischen 12,3 \$ und 200 \$; in Europa lag er zur selben Zeit bei rund 100 \$; in Asien werden Spitzenpreise von 700 \$ und mehr erzielt.<sup>7</sup>

Zum anderen stellt man anhand der Devisenbilanz Schätzungen über die Höhe der tatsächlich ins Land geflossenen Gelder an. Der kolumbianische Ökonom Francisco Thoumi hat sich intensiv mit verschiedenen Kombinationen beider Methoden befasst. Er schätzte die potentiellen kolumbianischen Gewinne aus dem Drogengeschäft auf 2-5 Mrd. \$ im Jahr. Schätzungen über die tatsächlichen Rückflüsse dieser Gewinne ins Land umfassen eine Bandbreite zwischen 0,5 und 4 Mrd. \$ pro Jahr; sie könnten laut Thoumi ohne weiteres durchschnittlich 2 Mrd. \$/ Jahr betragen.<sup>8</sup>

Diese informierten Schätzungen liegen deutlich unter sensationalistischen Angaben, die in der Vergangenheit durch die Presse gingen. Trotzdem handelt es sich um beachtliche Kapitalvolumina,

---

<sup>6</sup> United Nations Office on Drugs and Crime: "Colombia - Coca Survey for 2002", Preliminary Report, March 2003, S. 11f.

<sup>7</sup> United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention: "Global Illicit Drug Trends 2002", New York, 2002, S. 198f.

<sup>8</sup> Thoumi, Francisco: "Economía Política y Narcotráfico", Bogota, 1994, S. 208. Eine von Ricardo Rocha im Auftrag des UNDCP im Mai 2000 vorgelegte Studie zu den Auswirkungen des Drogenhandels auf die kolumbianische Wirtschaft geht für den Zeitraum von 1982 bis 1998 von Drogeneinnahmen (überwiegend Kokain) in Höhe von 23 Mrd. \$ aus, die nach Kolumbien zurückgeflossen sind; etwa 1/3 der Drogengewinne sei demnach im Ausland verblieben. Diese rückgeführten Gewinne entsprachen einem Durchschnitt von 1,35 Mrd. \$ pro Jahr oder etwa 3% des jährlichen Bruttoinlandsprodukts.

deren relatives Gewicht in der Volkswirtschaft zwar geringer ist als in Bolivien oder Perú, die aber in wenigen Händen konzentriert sind, was ihnen zu einem grossen Machtpotential verhilft.

Die häufigsten Angaben über die jährlichen Drogen-Einnahmen der Kernländer des Koka-Kokain-Geschäfts lagen in der ersten Hälfte der 90er Jahre bei: 900 Mio. \$ (Bolivien), 2.500 Mio. \$ (Kolumbien) und 1.500 Mio. \$ (Perú); das entsprach 109% bzw. 23% bzw. 35% der Exporteinnahmen und 17% bzw. 5% bzw. 4% des Bruttosozialprodukts. Inzwischen neigt man eher niedrigeren Schätzungen zu, ohne indessen zu erklären, weshalb diese Einnahmen heute mitunter um ein Vielfaches geringer sein sollen, als noch vor wenigen Jahren angenommen.

## 2. Drogeneinnahmen und *Parainstitucionalidad*

Weitgehende Einigkeit herrscht unter Ökonomen darüber, dass vor allem die langfristigen Effekte der Drogengewinne in der Volkswirtschaft eher negativ sind. Sie erhöhen zwar die Geldmenge und kurbeln die Nachfrage an. Doch aufgrund ihrer extrem ungleichen Verteilung geschieht dies sektoral sehr einseitig. Es überwiegen Luxuskonsum (häufig importierter Güter zulasten der heimischen Produktion), Dienstleistungen und Investitionen in Immobilien. Dynamisierende Effekte auf die heimische Wirtschaft sind eher gering. In Kolumbien, wo sehr ungleiche Besitzverhältnisse beim Boden ein ernstes Hindernis für die landwirtschaftliche und soziale Entwicklung darstellen, kann man von einer regelrechten Gegen-Landreform sprechen. Drogenhändler haben dort im Laufe der 80er Jahre über 3 Mio. Hektar Land erworben - mehr als in 25 Jahren Landreform verteilt worden war.

“La economía se ensucia“ (die Wirtschaft macht sich schmutzig), mit dieser Formel beschreiben kolumbianische Ökonomen einen Prozess fortschreitender Degenerierung des Werte- und Normengefüges in Wirtschaft und Gesellschaft der betroffenen Länder: Ein Regelverstoß zieht den nächsten nach sich. Drogenkapital wird mithilfe von Über- oder Unterfakturierung bis hin zu fiktiven Import-Export-Geschäften ins Land transferiert, die entsprechenden Güter auf dem Schwarzmarkt verkauft; nicht selten handelt es sich dabei um Waffen. Finanzexperten, Banker und Rechtsanwälte werden in eine juristische Grauzone hineingezogen. Legitimes Kapital flieht vor um sich greifendem Chaos, Faustrecht und Gewalt und wird durch “schmutziges“ ersetzt, wodurch sich das Chaos weiter vergrößert.

Die erwähnten Landkäufe von Drogenhändlern in Kolumbien wurden vorzugsweise dort getätigt, wo gutes Land billig abgegeben wurde: In Gebieten wie dem Magdalena Medio, wo die Guerilla Grundbesitzer mit Zwangsabgaben (*vacuna revolucionaria*, der revolutionären Schutzimpfung) drangsaliert hatte. Die neuen Besitzer förderten nun in großem Stil die Ausbildung und Bewaffnung paramilitärischer Gruppen für den Kampf gegen die Guerilla und alle, die man für Sympathisanten hielt. So entstand eine neue, machtvolle Facette der kolumbianischen *parainstitucionalidad*, darunter versteht man alternative Gewaltapparate, die das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellen.

Paramilitärische Gruppen der extremen Rechten haben also - im Gegensatz zur Guerilla - von ihrer Genese her ein Nahverhältnis zu den großen Unternehmern des Drogenhandels. Ein einschlägiger Auslieferungsantrag der USA gegen Führer der AUC (*Autodefensas Unidas de Colombia*) führte zu einem offiziellen Eingeständnis und einer Lossagung durch AUC-Chef Carlos Castaño - und in der Folge zu einer Spaltung. Paramilitärs finanzieren sich aber außerdem nach wie vor noch über eine Art Mäzenatentum durch Großgrundbesitzer und Geschäftsleute die Schutz gegen Übergriffe der Guerilla suchen. Dass die FARC wiederum in den von ihnen kontrollierten Gebieten Steuern auf Kokablätter und *Pasta Básica* erhebt sowie für Landrechte, und jeden Eigenkonsum drakonisch

bestraft, ist seit langem bekannt.<sup>9</sup> Bei einem Besuch in von der Guerilla kontrollierten Gebieten im Department Cauca im Dezember 1990 wurde dieser Umstand von den Bauern dem Autor gegenüber offen zugegeben und die Ausfüllung dieses rechtlichen Vakuums ausdrücklich begrüßt.<sup>10</sup> Bei einem Besuch in der sogenannten *zona de despeje* anlässlich der Wiederbelebung des damals eingefrorenen Friedensprozesses im März 2001<sup>11</sup> konnte sich der Autor davon überzeugen, dass die FARC in der von ihnen kontrollierten Zone den Kokaanbau zumindest nicht eindämmte. Es war im Gegenteil zu einer Ausweitung der Anbauflächen gekommen. Gleichzeitig wurde ihm mehrfach von neutraler Seite versichert, dass die FARC dort auch den Handel mit der *Pasta Básica* kontrollierten. Wer beim Versuch, deren Monopol zu brechen erwischt werde, bezahle das mit dem Leben. Andererseits gibt es offenbar aber auch Frentes, die der von ihnen kontrollierten Bevölkerung den Kokaanbau untersagen.

Eine Quantifizierung der Verwicklung irregulärer Gruppen in die illegale Drogenökonomie bleibt ein Mysterium. Carlos Castaño gibt Verbindungen seiner AUC zum Drogenhandel zu. Die FARC tun das nicht. Ein US-Geheimdienstbericht setzt die Drogeneinnahmen der FARC bei 30 bis 100 Mio. \$ jährlich an; Vertreter des State Department bei "100 Mio. und mehr", der Kongressabgeordnete Dan Burton bei 1,2 Mrd. \$.<sup>12</sup> Nach Alfredo Rangel liegen sie bei 180 Mio. \$ pro Jahr, was 48% der Gesamteinnahmen entspreche.<sup>13</sup> Nach einer von Ricardo Vargas zitierten Schätzung kommen die Einkommen der FARC je zur Hälfte aus der Drogenwirtschaft bzw. Raub, Erpressung und Entführung.<sup>14</sup> Die USA verlangten im März 2002 die Auslieferung von FARC Comandante Tomas Medina Caracas alias Negro Acacio (Frente 16) dem der Handel von Kokain gegen Waffen über Brasilien vorgeworfen wird.<sup>15</sup> BBC berichtet am 30. März 2002 von 14 internationalen Haftbefehlen durch Interpol gegen FARC-Führer, darunter Fabián Ramírez, Alfonso Cano, Raúl Reyes. Die Meldung sagt nicht, was ihnen vorgeworfen wird. Doch die Anzeichen für eine direkte Verwicklung ins internationale Kokaingeschäft nehmen zu. Dazu gehört die Verhaftung der angeblichen No. 2 der Frente 16 im Zusammenhang mit Drogengeschäften in Surinam sowie die einer angeblichen Verbindungsfrau zum brasilianischen Drogenboss Fernandinho Beira Mar in Letizia im Dezember 2002; die FARC dementierten in beiden Fällen die Zugehörigkeit der betreffenden Tatverdächtigen.

### 3. Zur Rolle der USA

Auf der Grundlage eines puritanistischen Wertefundaments waren die Vereinigten Staaten stets Vorreiter einer prohibitionistischen und punitiven Drogenpolitik: Von ersten Verordnungen gegen Opiumhöhlen bis zur Opiumkonferenz von Shanghai (1909), die schließlich zum ersten internationalen Drogenabkommen, der Haager Konvention von 1912 führte. Drogenkonsum wurde in den USA stets als besondere Gefahr für die Gesellschaft angesehen, als etwas, was ihr an sich fremd war und von außen hereingetragen wurde: von Einwanderern, ethnischen Minderheiten und

---

<sup>9</sup> Dombos, Rainer: "Coca, derecho y violencia: Sobre la economía de la cocaína en Colombia", in: "La cuestión de las drogas: Una problemática, tres perspectivas", Documentos Ocasionales, CEI, Uniandes, Bogotá, Mayo - Junio 1988.

Ders.: "Por qué florece la economía de la cocaína justamente en Colombia", in: Bagley/ Tokatlian: "Economía y Política del Narcotráfico", Bogotá, 1990.

Jaramillo/ Mora/ Cubides: "Colonización, Coca y Guerrilla", Bogotá, 1989.

<sup>10</sup> Lessmann: "Drogenökonomie...", 1996, S. 194ff.

<sup>11</sup> Lessmann, Robert: "Neue Hoffnung in Kolumbien", Frankfurter Rundschau, 3.4.2001.

<sup>12</sup> Lessmann, Robert: "Amerikanisierung und Militarisierung: Die auswärtige Drogenpolitik der USA", in: Rudolf/ Wilzewski (Hg.): "Weltmacht ohne Gegner - Amerikanische Außenpolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts", Reihe Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik Bd. 52, Baden-Baden, 2000, S. 356.

<sup>13</sup> Houston Chronicle, 5.8.01.

<sup>14</sup> Vargas Meza, Ricardo: "Drogas, Mascaras y Juegos - Narcotráfico y conflicto armado en Colombia", Bogotá, 1999, cuadro 3, S. 48.

<sup>15</sup> El Espectador, 7.3.2002.

gesellschaftlichen Randgruppen wie Arbeitslosen oder intellektuellen Subkulturen. Drogen wurden für eine Vielzahl gesellschaftlicher Probleme verantwortlich gemacht. Als die USA Ende der 1960er Jahre von einer neuen Welle des Drogenkonsums betroffen wurden, die nun vor allem auch Jugendliche aus den bürgerlichen Mittelschichten betraf, suchte man eine Lösung mehr und mehr in einer Unterbrechung der Zulieferung von illegalen Drogen aus dem Ausland; zunächst an den Landesgrenzen - dann zunehmend in den sogenannten Produzentenländern. Bei seinem Amtsantritt im Jahr 1981 erklärte Präsident Ronald Reagan den Drogen "den Krieg". Durch die Novellierung des *Posse Comitatus Act* aus dem Jahr 1878 wurde es möglich gemacht, das Militär in den zivilen Aufgabenbereich der Drogenfahndung einzubeziehen. AWACS-Kapazitäten und Abfangjäger wurden zur Jagd auf Drogenflieger abgestellt. Als auch dies nicht half, erfolgte ab Mitte der 80er Jahre unter dem Motto *going to the source* eine Externalisierung: Es sei leichter und kosteneffektiver, pflanzengestützte Drogen bereits an ihrem Entstehungsort zu vernichten. Der Drogenhandel wurde zum Problem der nationalen Sicherheit erklärt und die Rolle des Militärs bei seiner Bekämpfung sukzessive erweitert. Triebkraft hinter dieser Politik war der Kongress. Während einzelne Fraktionen und Waffengattungen diese Entwicklung - insbesondere nach dem Zusammenbruch des Ostblocks - begrüßten, erwies sich das Pentagon im Drogenkrieg insgesamt eher als "reluctant recruit".<sup>16</sup>

Keine Debatte um internationale Drogenpolitik kommt an der überragenden Rolle vorbei, die die Vereinigten Staaten dabei spielen. Das Budget des Drogenkontrollprogramms der UN liegt bei 83,2 Mio. \$ pro Jahr. Das sind 8,9% der 928 Mio., die alleine dem *Bureau for International Narcotics and Law Enforcement Affairs* des US State Department zur Verfügung stehen. Der Präsident der Vereinigten Staaten ist gesetzlich dazu verpflichtet, sogenannte drogenproduzierende- oder Transitländer einer jährlichen Beurteilung (*certification*) zu unterziehen, ob sie in der Drogenkontrolle kooperativ waren. Durch diese Zertifizierung können eine Reihe obligatorischer Sanktionen gegen diese Länder ausgesetzt werden. Betroffen sind aktuell 23 Länder, darunter auch Kolumbien. Je nach wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit dieser Länder handelt es sich um ein permanentes Damoklesschwert, mit dessen Hilfe es den USA gelingt, weitestgehend unilateral ihrem drogenpolitischen Diskurs und ihren Strategien bis hin zu sehr konkreten Einzelmaßnahmen Geltung zu verschaffen.<sup>17</sup> Auf diese Weise kam es zu schwer wiegenden Eingriffen in die inneren Angelegenheiten der betroffenen Länder, wie zum Beispiel:

- die Schaffung, Ausbildung und Ausrüstung paramilitärischer Spezialpolizeien;
- die Militarisierung des Kampfes gegen den Drogenhandel;
- die Einrichtung von Sondergerichten;
- die Forcierung bestimmter Gesetzgebungsvorhaben;
- Entfernung bestimmter Politiker und Funktionäre aus ihren Ämtern;
- Einsatz von US Polizei-, Militär- und Geheimdienstpersonal im Gastland

Die externe Drogenpolitik der Vereinigten Staaten zeichnet sich - auch in ihrer Militärlastigkeit und ungeachtet ihrer langjährigen Erfolglosigkeit - durch einen weitgehenden Parteienkonsens und große Kontinuität aus.<sup>18</sup> Präsident George Bush sen's. *Andeninitiative* aus dem Jahr 1989/90 hatte sich eine Reduzierung der Drogenimporte von 15% innerhalb von zwei und von 60% innerhalb von 10 Jahren vorgenommen. Zwar blieb man von diesen Vorgaben so weit entfernt, dass von der *Andeninitiative* schon bald keine Rede mehr war. Doch ihr 2,2 Mrd.-\$-Budget über 5 Jahre für drei Länder nimmt sich aus heutiger Sicht bescheiden aus. Zeitgleich mit der *Andeninitiative* wurde das

---

<sup>16</sup> Vgl. Lessmann: "Drogenökonomie...", 1996, S. 26ff. Zirnite, Peter (WOLA): "Reluctant Recruits: The US Military and the War on Drugs", Washington D.C., 1997.

<sup>17</sup> Vgl. Lessmann: "Drogenökonomie...", 1996, S. 41ff.

<sup>18</sup> Vgl. Tab. Kokaproduktion. Vgl. Lessmann: "Amerikanisierung und Militarisierung...", 2000.

Anti-Drogen-Budget des SouthCom von 230 auf 430 Mio. \$ pro Jahr erhöht. Weiters wurden die Andenländer mit modernen Systemen der Radarüberwachung überzogen und an den US-Botschaften sogenannte *Tactical Analysis Teams* als Schaltstellen für den Drogenkrieg eingerichtet. Unter Präsident Clinton kam es zu gewissen Akzentverschiebungen, aber nicht zu einem grundsätzlichen Kurswechsel.<sup>19</sup>

Coletta Youngers hat bereits vor mehr als einem Jahrzehnt auf die enge Verwandtschaft hingewiesen, die strategisch, operativ und personell zwischen dem *war on drugs* und dem *low-intensity conflict* besteht.<sup>20</sup> Schon damals sollte die Rolle des US-Personals weitestgehend auf Führung, Ausbildung und Ausrüstung beschränkt bleiben, sollten Operationen unter deren Leitung möglichst von einheimischem Personal durchgeführt werden. Seither ist - ganz besonders in Kolumbien - eine zunehmende Privatisierung im Sinne des Einsatzes privaten Vertragspersonals zu beobachten. Verdeckte Operationen mit fließenden Grenzen zwischen polizeilichen und militärischen Charakterzügen stehen im Vordergrund. Als Grundlage dienen Informationen, deren Quellen aus Sicherheitsgründen nicht preisgegeben werden, die mithin also zumeist auch nicht nachprüfbar sind. Diese Wesenszüge werfen eine Fülle von Fragen auf bezüglich demokratischer und rechtsstaatlicher Kontrollmöglichkeiten einerseits, und potentieller Spielräume für die Entfaltung von Eigendynamiken andererseits. In der Tat deuten eine Reihe von Indizien auf Verselbständigungstendenzen einzelner politischer, militärischer und geheimdienstlicher Fraktionen hin. Immer wieder sind Ungleichzeitigkeiten - ja Inversitäten - zwischen Implementierung und Diskussion einschlägiger Programme zu beobachten, was darauf hindeutet, dass vor Ort Fakten geschaffen wurden. Eine Militarisierung der Drogenbekämpfung in den Anden wurde im Kongress in der zweiten Hälfte der 80er Jahre diskutiert, als es insbesondere in Perú zu Konfrontationen mit der Guerilla *Sendero Luminoso* gekommen war. Dabei wurde dann deutlich, wie weit eine solche Militarisierung (einschließlich des Einsatzes von US Special Forces) de facto bereits fortgeschritten war - und dies auch in Ländern wie Bolivien, wo es keine bewaffneten Aufständischen gab.<sup>21</sup> Auch in Kolumbien wurden einschlägige Maßnahmen bereits in den 80er Jahren gesetzt, waren vom Kongress definierte Grenzen zwischen Drogen- und Aufstandsbekämpfung in der Praxis vor Ort lange vor dem 11.9.2001 fließend geworden. Seither ist von *narco-terroristas* die Rede, doch der noch von der Regierung Pastrana zurückgewiesene Terminus *narco-guerilla* wurde bereits ab 1982 (mit Nachdruck aber seit der *tranquilandia*-Affaire von 1984) vom damaligen US-Botschafter Lewis Tambs in die Debatte eingeführt.<sup>22</sup>

Eine Beteiligung internationaler Organisationen und der Europäer am Drogenkrieg wird von Washington ausdrücklich erwünscht, jedoch unter Führung der USA, und auf zivile "Hilfsdienste" bezogen, wie die Durchführung von Projekten "Alternativer Entwicklung" für die Bauern. Wirtschaftliche Strukturverzerrungen, demografische Verwerfungen, ökologische Probleme, Korruption: Für die betroffenen Länder des Südens stellt sich ihr "Drogenproblem" primär als vielschichtiges Entwicklungsproblem dar. Die Instrumentarien der Entwicklungs-zusammenarbeit können hier mildernd einwirken und an strukturellen Ursachen der Drogenproblematik ansetzen, einschließlich der Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen (*good governance*). Mehr und mehr setzt sich aber die Erkenntnis durch, dass gerade die Dominanz des repressiven Ansatzes der USA die Rahmenbedingungen für eine partizipative und nachhaltige Projektarbeit gefährdet. Ein besonders eklatantes Beispiel ist die versehentliche Bespürung von Projekten der

---

<sup>19</sup> Vgl. ebd. S. 344ff.

<sup>20</sup> Youngers, Coletta - Washington Office on Latin America (WOLA): "Clear and Present Dangers: The US Military and the War on Drugs", Washington D.C., 1991.

<sup>21</sup> Vgl. Lessmann: "Drogenökonomie...", 1996, S. 40ff; unter einer Fülle dort angeführter Dokumente sei hier exemplarisch erwähnt: US Congress House Committee on Government Operations: "Report: Stopping the Flood of Cocaine with Operation Snowcap: Is it Working?", GPO, Washington D.C., August 1990.

<sup>22</sup> Siehe Lessmann: "Drogenökonomie...", 1996, S. 222f.

UN und der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des US-kolumbianischen Herbizidprogramms.

Seit Mitte der 90er Jahre mutierte Kolumbien von der Weiterverarbeitung der *Pasta Básica* aus Perú und Bolivien und der Schaltzentrale des internationalen Kokainhandels auch zum wichtigsten Hersteller des Rohstoffes, der Kokablätter, womit die Frage der Drogenkontrolle endgültig zu einer Frage wurde, die beträchtliche Teile der bäuerlichen Bevölkerung auf dem Lande betrifft; rund 800.000 Menschen sind in Kolumbien direkt oder mittelbar vom Kokaanbau abhängig.<sup>23</sup> Unter heftigen Korruptionsvorwürfen und Sanktionsdrohungen sowie einer zweimaligen *de-certification* (1996 und 1997) wurde bereits Präsident Samper zur Zustimmung zu einem Programm der Besprühung von Koka- und Schlafmohnfeldern mit dem Herbizid *Glyphosate* aus der Luft gedrängt, das seither kontinuierlich ausgedehnt und intensiviert wurde. Ungeachtet dessen nahm die Anbaufläche bis zuletzt weiter zu. Am 31. März 1998 bezeichnete der SouthCom-Oberkommandierende General Charles Wilhelm, vor dem Kongress den bewaffneten Konflikt in Kolumbien als größte Bedrohung der nationalen Sicherheit in der westlichen Hemisphäre und bezweifelte, dass die kolumbianische Armee in der Lage sei, ihn zu gewinnen. Kolumbien ist ein nicht unbedeutendes Schwellenland, verfügt über Rohstoffe, grenzt an zwei Ozeane und fünf Länder, darunter Panamá. Die USA beziehen 20% ihres Erdöls aus der Region. Der *Plan Colombia* entstand.<sup>24</sup> Bereits seit März 1999 dürfen die Aufklärungsflugzeuge und Radarstationen der US-Drogenfahnder auch guerillabezogene Informationen an die kolumbianischen Streitkräfte weiterleiten, woraufhin sie von der Guerilla zum militärischen Ziel deklariert wurden. Der *Plan Colombia* wurde im Sommer 2000 vorgelegt<sup>25</sup> und von den USA mit zunächst 1,3 Mrd. \$ unterstützt. Diese Hilfe umfasste unter anderem die Ausbildung von Infanteristen durch US Special Forces, die Einrichtung eines *Joint Intelligence Center* in *Tres Esquinas* (Dept. Putumayo). Ihr Herzstück ist die erwähnte Besprühung von Kokafeldern mit *Glyphosate*. Ein Bericht des US-Rechnungshofes (GAO) kritisierte indessen, dass von 56 Mio. \$, die für die Alternative Entwicklung bereitgestellt worden waren, nur sechs Mio. auch tatsächlich ausgegeben wurden. Und während die Europäer am 7. Juli 2000 in Madrid über ihren Beitrag zum *Plan Colombia* berieten, diskutierte der Kongress in Washington zeitgleich noch darüber, welcher Hubschraubertyp aus dem bereits bewilligten, überwiegend militärischen 1,3 Mrd. \$-Paket beschafft werden sollte: Gekauft wurden zunächst 18 Blackhawk und 42 UH-1N.<sup>26</sup> Die US-Hilfe wurde in den folgenden Jahren ergänzt und auf Nachbarländer ausgedehnt: Von besonderer Bedeutung ist dabei die Nutzung der ecuadorianischen Luftwaffenbase Manta für Aufklärungsflüge über Kolumbien. Im Jahr 2002 wurden im Rahmen eines beim Kongress beantragten 700 Mio. \$- Pakets für die Andenländer schließlich auch 88 Mio. für Ausrüstung und Ausbildung kolumbianischer Infanteristen zum Schutz der 772km langen Cano Limón-Pipeline (Arauca) bewilligt, die für *Occidental Petroleum* Öl zur Küste transportiert. Für 2004 sind 574,6 Mio. für Kolumbien beantragt.<sup>27</sup>

Ob der bewaffnete Konflikt in Kolumbien mit militärischen Mitteln zu lösen ist, bleibt auch nach dem Militärerfolg der USA im Irak zweifelhaft: Kolumbiens Geographie ist geprägt von Bergland und tropischem Regenwald. Mit 1.138 Quadratkilometern ist Kolumbien dreieinhalb Mal größer als Vietnam. Drogengeschäfte sind nicht die einzige Finanzierungsquelle der irregulären Konfliktparteien. Der Konflikt ist älter als diese Finanzressource und würde mit ihrem Versiegen nicht automatisch auch beendet sein. An seiner Wurzel liegen schwere soziale und politische Probleme, auch wenn diese zunehmend von Sachzwängen der Kriegführung überlagert werden.

---

<sup>23</sup> GTZ: "Drogen und Entwicklung in Lateinamerika", Eschborn, 2001, Tab. 2, S. 9.

<sup>24</sup> Detaillierter dazu: Lessmann: "Amerikanisierung und Militarisierung...", 2000, S. 354ff.

<sup>25</sup> Presidencia de la República - Departamento Nacional de Planeación: "*Plan Colombia*", Bogotá, Julio de 2000.

<sup>26</sup> Lessmann, Robert: "Zum Beispiel: Kokain", 2001, S. 130.

<sup>27</sup> El Tiempo, Bogotá, 6.2.03.



Drogenpolitisch konnte man nun in der Tat erstmals einen Erfolg verbuchen: Durch die Besprühung einer Rekordfläche von 123.000 Hektar konnte im Jahr 2002 eine Reduzierung von 43.000 Hektar Koka erzielt werden, wodurch auch die Anbaufläche in den Anden insgesamt erstmals wieder unter die 200.000 Hektar gedrückt werden konnte. Man hegt nun die Hoffnung, dass man damit eine kritische Größe erreicht hat, bei der die Bauern resignieren und keine neuen Felder im Hinterland mehr anlegen. Während einerseits natürlich die Gefahr besteht, dass die Reduzierung in Kolumbien durch eine neuerliche Ausweitung des Anbaus in Perú und Bolivien kompensiert wird, ergibt sich durch die Art und Weise, wie sie erreicht wurde für Kolumbien ein in doppelter Hinsicht bedenkliches Szenario: Sollte sich die Hoffnung auf die kritische Resignations-Größe nicht erfüllen, so würde es rein rechnerisch beim jetzigen Besprühungsrhythmus 32,5 Jahre dauern, bis 40 Mio. Hektar tropischer Regenwald in Kolumbien zunächst in Kokafelder und dann in Wüste verwandelt würden. Sollte die Rechnung aber aufgehen, so würden geschätzte 800.000 Menschen in Abwesenheit ökonomischer Alternativen das Heer der Arbeitslosen in den Slumgürteln der Städte vergrößern - oder das der irregulären Kämpfer. Auch wenn realiter wohl eher ein Mix aus diesen Möglichkeiten eintreten dürfte: Anlass zum Optimismus gibt diese Politik nicht.